

JUAN HOUGHTON

## **DEN PULLOVER ANZIEHEN, WÄHREND WIR IHN STRICKEN**

*In Kolumbien haben die FARC und die Regierung sich am 23. Juni auf einen definitiven Waffenstillstand geeinigt. Ein weiterer Schritt hin zu einem umfassenden Friedensabkommen, mit dem in den nächsten Wochen gerechnet wird. Damit ein solches Abkommen Aussichten auf Erfolg hat, ist eine starke Mobilisierung der Bevölkerung nötig, sagt Juan Houghton, Aktivist der Congreso de los Pueblos und Leiter der Stiftung Ensayos para la Promoción de la Cultura Política. Im vorliegenden Text, einem Beitrag zur Diskussion der kolumbianischen Linken, plädiert er für eine nüchterne Bestandsaufnahme: Ethisch und politisch sei es nicht verantwortbar, den bewaffneten Konflikt fortzusetzen. Angesichts der andauernden Bedrohung durch paramilitärische Strukturen werde es aber nur dann größere Spielräume für eine zivile linke Politik geben, wenn der Druck auf die Regierung auch nach der Unterzeichnung eines Abkommens aufrechterhalten wird.*

Vieles deutet darauf hin, dass der «revolutionäre Krieg»,<sup>1</sup> den die Guerillaorganisationen seit bald 60 Jahren in Kolumbien führen, schon bald zu Ende gehen könnte – zumindest wenn es nach dem Willen der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), des Nationalen Befreiungsheers (ELN) und des von Präsident Juan Manuel Santos repräsentierten Teils der Oligarchie geht. Die FARC haben mit der Regierung bereits mehrere Vereinbarungen getroffen und über verschiedene Kanäle mitgeteilt, dass die strittigen Fragen in wenigen Monaten, vielleicht auch nur Wochen geklärt sein können. Zudem unterzeichneten FARC und Regierung am 23. Juni 2016 mehrere Abkommen über einen endgültigen Waffenstillstand, eine Road Map zur Entwaffnung der Guerilla sowie über einen Mechanismus zur Legitimierung des Abkommens durch die Bevölkerung – drei der umstrittensten offenen Fragen.

Auch mit der zweiten großen Guerillaorganisation, der ELN, sind öffentliche Gespräche angekündigt, deren wichtigstes Thema die gesellschaftliche Beteiligung sein soll. Auch wenn im Augenblick die Vorgespräche suspendiert sind, gehen viele davon aus, dass die Verhandlungen mit der ELN schon bald aufgenommen werden dürften.

Alle Strömungen der kolumbianischen Linken – ob nun die bewaffneten Gruppen oder zivile Organisationen, ob nun sozialdemokratisch oder sozialistisch – haben sich für eine Beendigung des «revolutionären Krieges» im Land ausgesprochen. Tatsächlich ist dies eine jahrzehntealte Forderung. Auch wenn Teile der Linken die These vertreten, dass es sich um einen Krieg zwischen Militärapparaten handelt, die die Gesellschaft nicht repräsentieren,<sup>2</sup> bekräftigt die Mehrheit, dass institutionelle Transformationen nötig sind und es politische und Sicherheitsgarantien für die Linke und die Volksbewegungen geben muss. Die Mitte-links-Parteien halten ein Demokratisierungsversprechen für ausreichend, die sozialistische Linke ist der Ansicht, dass reale und nachprüfbar Veränderungen vereinbart werden müssen. Die sozialistische Linke vertritt zudem die Position, dass es Veränderungen in der sozioökonomischen Struktur des Landes (Kolumbien nimmt in Bezug auf das Ausmaß sozialer Ungleichheit den dritten Platz in Südamerika ein) bedarf: vor allem eine Landreform und eine Veränderung des auf Vertreibungen beruhenden Wirtschaftsmodells.

Weniger Übereinstimmung herrscht in der Frage, ob das Ende des bewaffneten Konflikts dazu beitragen wird, dass antikapitalistische Bewegungen ihre Ziele auf legale Weise verfolgen können. Ziel dieses Aufsatzes ist es, diese Frage zu erörtern. Ich versuche darzulegen, dass die Beendigung des bewaffneten Konflikts bessere Bedingungen für die populären Kämpfe schaffen kann, wenn sie von politischen, institutionellen und sozioökonomischen Transformationen begleitet wird.

In diesem Zusammenhang werde ich auf drei Fragen genauer eingehen. 1. Wird das politische Regime in Kolumbien auch weiterhin staatsterroristische Züge tragen? 2. Unter welchen Bedingungen werden sich die sozialen Kämpfe nach dem Ende des «revolutionären Krieges» weiterentwickeln können? 3. Gibt es nach

1 Den Begriff des revolutionären Krieges (*guerra revolucionaria*) verwenden nicht nur die FARC-EPR und ELN, sondern auch viele kolumbianische Linke für die bewaffneten Aktionen der beiden Guerillaorganisationen.

2 Das ist die Position des Movimiento Obrero Revolucionario Independiente (MORI), der zur Linkspartei Polo Democrático Alternativo gehört.

dem Krieg eine Option für eine sozialistische Revolution? Bislang können wir nur Entwicklungstendenzen ausmachen, weshalb auch die folgenden Antworten nur Arbeitshypothesen sein können:

1. Ursache des bewaffneten Konflikts in Kolumbien war, dass jede politische Mobilisierung von Linken und populären Bewegungen mit Gewalt unterdrückt wurde. Die herrschende Oligarchie setzte hierfür systematisch auf politische motivierte Verbrechen. Im Verlauf des konterrevolutionären Krieges entwickelte sich diese Strategie zum Staatsterrorismus weiter. Da dieser Aspekt zentraler Bestandteil des bewaffneten Konflikts in Kolumbien ist, muss das Kriegsende notwendigerweise auch in dieser Hinsicht grundlegende Änderungen nach sich ziehen: Die Einschränkungen der Demokratie müssen aufgehoben, die Kriminalisierung sozialer Kämpfe gestoppt, der Einsatz der Gewalt gegen soziale Proteste beendet werden. Paramilitärische Strukturen müssen zerschlagen, die Streitkräfte demokratisiert und verkleinert werden. Es liegt auf der Hand, dass der Fortbestand eines antikommunistischen, der Bevölkerung gegenüber feindlich gesonnenen Militärapparates ein Hindernis für einen dauerhaften Frieden und eine Gefahr für das Leben demobilisierter GuerillakämpferInnen darstellt.

Für die populären Bewegungen und Guerillas ist es wichtig, dass mit dem Ende des «revolutionären Krieges» auch eine neue politische Situation entsteht, in der Demonstrationen, Proteste und der Aufbau alternativer politischer Projekte möglich sind und nicht länger unterdrückt werden. Anders ausgedrückt: Sie kämpfen dafür, dass die Entwaffnung der Guerillas auch zu einem Ende des Staatsterrorismus als zentralem Kampfmittel der Oligarchie führt. Eigentlich sollte die Verbindung dieser beiden Schritte auf der Hand liegen, doch die Regierung hat vor den Verhandlungen zur Bedingung gemacht, dass die Reformierung der Streitkräfte kein Thema ist. Diese Haltung hat zwei Ursachen: Zum einen setzt die Regierung von Juan Manuel Santos oder genauer gesagt: die von ihr vertretene Handels- und Finanzoligarchie darauf, in letzter Minute doch noch einen Pakt mit dem bewaffneten Großgrundbesitz und den Militärmafias – also den hinter dem Paramilitarismus stehenden Kräften – zu schließen. Sie strebt also keine Niederlage der Ultrarechten an, sondern geht davon aus, dass diese bei bestimmten Zugeständnissen ein Friedensabkommen mit der Guerilla schließlich akzeptieren wird. Diese Annahme ist nicht unbegründet: Bereits während der ersten Amtszeit von Juan Manuel Santos (2010–2014) hatte ein Teil des für den Paramilitarismus verantwortlichen Großgrundbesitzes mit der Rechten um Ex-Präsident Álvaro Uribe gebrochen und Santos' Regierungspartei, den Partido de la U, bei den Wahlen 2014 unterstützt. Als Gegenleistung bekam diese Fraktion des Großgrundbesitzes Straffreiheit zugesichert und erhielt die Kontrolle über einen großen Teil des nationalen Budgets für Infrastruktur. Doch der reaktionärste Teil des Großgrundbesitzes, der in Uribes Partei Centro Democrático und in der Konservativen Partei organisiert ist, steht einer Verhandlungslösung nach wie vor offen feindselig gegenüber. Es ist dieser Teil der Ultrarechten, den die Santos-Regierung nun für einen Pakt gewinnen will. Zum anderen lässt sich die Regierung auch durch ihre Furcht gegenüber dem Militärapparat leiten. So wurde ein neues Gesetz verabschiedet, wonach das Militär in Zukunft ohne jede wirkliche Kontrolle durch die gewählten Volksvertreter agieren kann. Trotzdem ist der Regierung durchaus bewusst, dass der Krieg nur beendet werden kann, wenn der Staatsterrorismus überwunden wird. Die Weigerung der Santos-Regierung, dieses Problem zu diskutieren, blockiert letztlich vor allem ihre eigene Strategie. Die hier fehlende Entschlossenheit der Regierung ermutigt die extreme Rechte, die eine Fortführung des Krieges anstrebt. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die Transformation der Guerilla in legale politische Parteien mit dem Fortbestand eines kriminellen, in der Armee und in der Polizei verankerten Staatsapparates einhergehen wird. In diesem Fall werden es linke Parteien und Bewegungen mit einem zunehmend arrogant auftretenden Repressionsapparat zu tun haben, der sich auf Straffreiheit verlassen kann und nicht ruhen wird, bis alle populären Bewegungen unterworfen oder zumindest gezähmt sind. Sollte dieses Szenario eintreten, dann werden wir eine neue Welle politischer Gewalt erleben, und der Friedensprozess wird sich als ein historisches Scheitern der Beteiligten erweisen.

Die Verhandlungen zwischen Regierung und FARC konzentrierten sich in den letzten Wochen darauf, diesem drohenden Szenario mit der «Vereinbarung über Sicherheitsgarantien und den Kampf gegen kriminelle Organisationen»<sup>3</sup> entgegenzuwirken. (Dabei geht es im Wesentlichen um Sicherheitsgarantien für die legale politische Arbeit der FARC, der die traumatische Erfahrung mit den 5.000 zwischen 1984 und 2.000 ermordeten Mitgliedern der Linkspartei Unión Patriótica im Nacken sitzt.) Die wichtigsten Erfolge der FARC in dieser Hinsicht sind:

1. Der gemeinsame Aufruf von Regierung und Guerilla zum Abschluss eines «Nationalen Politischen Pakts» – mit ihm würden sich alle Akteure darauf verpflichten, den Einsatz von Waffen in der Politik zu ächten und

---

3 Der vollständige Titel lautet «Vereinbarung über Sicherheitsgarantien und über den Kampf gegen kriminelle Organisationen, die für Morde und Massaker verantwortlich sind oder Attentate auf Menschenrechtsaktivisten, soziale oder politische Bewegungen verübt haben, unter Einschluss von Nachfolgeorganisationen des Paramilitarismus und ihrer Unterstützernetzwerke, sowie zur Verfolgung von kriminellen Praktiken, die die Umsetzung der Friedensvereinbarungen und des Friedensprozesses gefährden».

den Paramilitarismus zu bekämpfen 2. Die angestrebte Verabschiedung eines Verfassungszusatzes, der jede Form von Werbung für paramilitärische Strukturen unter Strafe stellt. 3. Die Einführung einer Reihe von Mechanismen zur Bekämpfung des Paramilitarismus in den Institutionen.<sup>4</sup> (Die Paramilitärs werden – um ihnen die politische Dimension zu nehmen – euphemistisch als «kriminelle Organisationen, die aus dem Paramilitarismus hervorgegangen sind» oder als «Banden» beziehungsweise «illegale bewaffnete Gruppen» bezeichnet.)

Die Regierung hat in den vergangenen Monaten immer wieder publicityträchtige Aktionen gegen den Paramilitarismus durchgeführt. Hiermit war die Botschaft verbunden: Seht her, wir sind bereit, diesem Phänomen entschlossen entgegenzutreten. Nicht vergessen werden sollte jedoch, dass die Regierung bislang allen Forderungen, die eine Reform der Streitkräfte – hinsichtlich Zusammensetzung, Größe und Korruption – und der Militärdoktrin verlangen, eine klare Absage erteilt hat. In seiner Rede zur Feier des Abkommens mit den FARC hat Präsident Santos nicht an Lob für die Streitkräfte gespart, obwohl diese für schwerste Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Zudem haben die letzten Maßnahmen gegen die paramilitärischen Gruppen gezeigt, dass die Regierung nicht gewillt ist, gegen jene Teile des Militärapparates vorzugehen, die die kriminellen Strukturen decken. Die Operationen gegen die Paramilitärs hatten bislang nur Propagandacharakter.

Die Tatsache, dass Regierung und Guerillas über diesen Punkt nicht explizit verhandeln konnten, sondern mehr oder weniger unter der Hand diese strittigen Fragen klären mussten, weist auf intensive Absprachen zwischen den mafiösen Militärs und der Santos-Regierung hin, bei denen auch die US-Regierung eine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. Die von den FARC in dieser Frage erzielten Zugeständnisse sind zwar nicht bedeutungslos und können von den demokratischen Kräften verwendet werden, um eine Umstrukturierung der Armee einzufordern. Trotzdem ist klar, dass sie völlig unzureichend sind. Die Guerillaorganisationen, denen bewusst ist, dass ihre militärische und politische Macht nicht ausreicht, um die Regierung zu einem endgültigen Bruch mit den Kräften des Staatsterrorismus zu zwingen, setzen große Hoffnungen darauf, dass eine starke Mobilisierung der Bevölkerung dieses zentrale Problem der Verhandlungen löst und vor allem nach der Unterzeichnung des Abkommens die Auflösung der staatsterroristischen Strukturen erreichen kann.

Doch wie ist der Zustand der Volksbewegungen in Kolumbien? Sind sie in der Lage, dieses Ziel zu realisieren? Auch wenn die Protestbewegungen in den vergangenen sechs Jahren stärker geworden sind, kommen linke Wahlbündnisse selbst unter Einschluss von Parteien der politischen Mitte nicht über zehn Prozent der Stimmen. Die drei wichtigsten sozialpolitischen Plattformen, die hinter den Massenmobilisierungen der letzten Jahre standen – die Organización Nacional Indígena de Colombia (ONIC), die Marcha Patriótica und der Congreso de los Pueblos – sind vor allem in ländlichen Regionen verankert.<sup>5</sup> Gewerkschaften und Stadtteilorganisationen haben nur eine sehr begrenzte Mobilisierungsfähigkeit.<sup>6</sup> Sowohl die Linke als auch die sozialen Plattformen setzen darauf, dass das Erstarken der sozialen Bewegungen und die Vereinbarungen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts zu einem politischen und sozialen Aufstieg des populären Lagers<sup>7</sup> beitragen werden und dies zur Beseitigung des Staatsterrorismus führen könnte. Um die notwendige Stärke zu entwickeln, müssen wir – um bildlich zu sprechen – den Pullover anziehen, während wir ihn stricken.

Das Kräfteverhältnis ist heute noch nicht so, dass ein Ende des bewaffneten Konflikts mit einem Ende des Staatsterrorismus gleichgesetzt werden kann. Selbst wenn dieser kriminelle Apparat entschlossen bekämpft würde und keine Unterstützung mehr aus den Streitkräften bekäme, blieben die alten Strukturen nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens ein großer Unsicherheitsfaktor. Es braucht also eine starke gesellschaftliche Mobilisierung. Diese kann nur Erfolg haben, wenn sie von einem politischen Einigungspro-

---

4 Zu diesen Maßnahmen gehört die Einrichtung einer nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien, an der sowohl der Staat als auch die sozialen Bewegungen beteiligt sein sollen und die die staatliche Politik der Verfolgung des Paramilitarismus überprüfen soll. Diese Kommission soll Reformvorschläge erarbeiten, wie der Schutz krimineller Strukturen durch staatliche Stellen verhindert werden kann, wie die Hintermänner solcher Strukturen zu identifizieren sind und wie private Sicherheitsunternehmen besser kontrolliert und ihre strafrechtliche Verfolgung erleichtert werden kann. Zudem wurde vorgeschlagen, spezielle Abteilungen zur Bekämpfung des Paramilitarismus und seiner Verbindungen zum Staat bei den Staatsanwaltschaften und der Polizei einzurichten und die Regierung dazu zu verpflichten, Vorkehrungen zum Schutz von politischen Aktivitäten zu treffen. Des Weiteren sollen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, damit Personen, die mit Paramilitarismus und Korruption in Verbindung stehen, keine öffentlichen Posten bekleiden können.

5 Sozialpolitische Plattformen setzen sich aus gesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinitiativen, politischen Parteien, indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerungsgruppen, bäuerlichen Gemeinschaften und Nachbarschaften zusammen. Sie haben die Massenkämpfe der letzten Jahre in Kolumbien organisiert. Sie unterscheiden sich insofern von Gewerkschaften und gremialen Organisationen, als sie nicht nur Rechte einfordern, sondern Vorschläge zur Überwindung des bestehenden Systems sowie zum Aufbau alternativer Institutionen und lokaler Gegenmacht entwickeln.

6 Trotz zahlreicher Kämpfe um die Wasserversorgung und zur Verteidigung öffentlicher Dienste. Diese Proteste haben die städtischen Bewegungen gestärkt, aber noch keine größere Dynamik entfaltet.

7 Als populäres Lager bezeichnet Houghton das plurale gesellschaftliche Subjekt der Unterklassen. Der Begriff unterscheidet sich von dem Subjektbegriff *pueblo* (Volk) durch eine größere Diversität, ist aber klarer als Klassenbegriff gekennzeichnet als Negris und Hardts *Multitude* (Anm. d. Übers.).

zess des popularen Lagers getragen wird. Und sie muss sowohl die Verhandlungen (die mit den FARC vor einem Abschluss stehen, mit der ELN aber gerade erst begonnen haben) als auch die Umsetzung der Verträge begleiten. Teil dieser Mobilisierung gegen den Paramilitarismus werden auch Kräfte sein, die nicht zum popularen Lager gehören, aber an einer Beendigung des bewaffneten Konflikts interessiert sind. Es ist auch davon auszugehen, dass die Regierung der USA, ähnlich wie in Zentralamerika, als dort eine Reihe von Bürgerkriegen beendet wurde, intervenieren wird. Sie wird dies selbstverständlich vor allem deshalb tun, um ihre Interessen unter den neuen politischen Bedingungen zu wahren.

2. Eine andere Frage ist, wie sich der soziale Konflikt nach dem Ende des «revolutionären Krieges» weiterentwickeln wird. Dies ist keine leicht zu beantwortende Frage für die kolumbianische Linke, die seit den 1960er Jahren nur die Kriegssituation kennt und daher Schwierigkeiten hat, die Effizienz der bewaffneten Strategie objektiv zu bewerten. Nach mehreren Jahrzehnten des bewaffneten Kampfs ist verständlich, dass die Guerillaorganisationen ihre Erfolge am Verhandlungstisch als Siege präsentieren werden, die anders nicht erreicht werden konnten, und damit das Abkommen möglicherweise idealisieren. Aber auch uns, die wir das Ende des Krieges für politisch notwendig halten, fällt es schwer zuzugeben, dass das Ergebnis der Verhandlungen wahrscheinlich nicht besonders ermutigend ausfallen wird, ohne gleichzeitig unsere eigene Argumentation zu unterlaufen.

Betrachten wir das Szenario, das nach dem Abkommen zwischen Regierung und den beiden Guerillas am wahrscheinlichsten ist. Ziemlich offensichtlich ist, dass das neoliberale Regime auch nach Ende des bewaffneten Konflikts Bestand haben wird. Mit dem beschriebenen Kräfteverhältnis wird sich die heute herrschende Form des Kapitalismus nicht am Verhandlungstisch besiegen lassen. Anders ausgedrückt: Der Feind wird derselbe bleiben. Das bedeutet zwar nicht, dass ein Abkommen dem Kapitalismus in Kolumbien keinen Preis abverlangt, aber doch, dass die Kosten nicht so hoch sein werden, wie wir uns als Linke das gewünscht hätten.

Welche sozialen und ökonomischen Veränderungen sind zu erwarten? Die Vereinbarungen von Havanna nennen einige Punkte: Erstens ist vorgesehen, die Macht des bewaffneten Großgrundbesitzes deutlich zu beschränken, und zwar durch eine massenhafte Ausstellung von Besitztiteln an Kleinbauern, durch die Enteignung einiger Güter des Drogenhandels und der Paramilitärs und durch die deutliche Ausweitung von sogenannten Reservas Campesinas, sprich Schutzzonen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft.<sup>8</sup> All dies steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass sich Präsident Santos nicht doch noch für einen Pakt mit dem rechten Flügel des Großgrundbesitzes entscheidet und die Vereinbarungen von Havanna bricht.

Zweitens sind Vorvereinbarungen hinsichtlich der Partizipation der Bevölkerung und der Rechtsgarantien für soziale Proteste getroffen worden. In der Diskussion ist die Reform des derzeit gültigen Wahlgesetzes und Sicherheitsgesetzes (Ley de Seguridad Ciudadana), das groteske faschistoide Züge trägt, sowie der Ausbau von partizipativen Planungsmechanismen. Auch wenn viele Punkte vor einer Umsetzung in weiteren Verhandlungen noch konkretisiert werden müssen und auch wenn es schwerwiegende Hindernisse gibt, kann man doch eine gewisse institutionelle und demokratische Öffnung erhoffen.

Was den Drogenhandel angeht, so gibt es nur minimale Fortschritte bei dem Bemühen, die Macht der Mafias und ihren Einfluss auf die Politik einzuschränken. Erfolge wären hier wohl nur möglich, wenn Drogenproduktion, -handel und -konsum nicht länger strafrechtlich verfolgt würden. Die diesbezüglichen Vorvereinbarungen zwischen Regierung und FARC sehen ehrgeizige Entwicklungsprogramme in Drogenanbaugebieten vor, die zu besseren Lebensbedingungen auf dem Land führen könnten. Doch das impliziert nicht unbedingt bessere Ausgangsbedingungen für linke Politik in den betroffenen Regionen, da sie einerseits als Verhandlungserfolge der Guerillas interpretiert werden, andererseits aber auch einfach zur politischen Legitimation des Establishments beitragen können.

In einem Kontext wie diesem wird der Großgrundbesitz nicht verschwinden und, solange er WählerInnen mobilisieren kann, weiterhin ein zentraler Machtfaktor bleiben (heute können die klientelistischen Netzwerke des Großgrundbesitzes fast 30 Prozent der kolumbianischen Wählerschaft mobilisieren). Auf der anderen Seite wird das transnationale Kapital seine Rolle im Land weiter festigen können. Die bürgerlichen Parteien werden weiterhin über gewaltige strukturelle Vorteile bei den Wahlen verfügen und die Massenmedien als politische Parteien des globalen Kapitals agieren. Der Drogenhandel wird weiterhin eine aufstrebende Kapitalistenklasse hervorbringen und die Militärs – auch wenn sie an politischem Einfluss und ökonomischer Macht einbüßen sollten – werden weiterhin als eine politische Partei des Krieges auftreten.

---

<sup>8</sup> Die Zonas de Reservas Campesinas sind eine Rechtsfigur, die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vor dem kapitalistischen Immobilienmarkt schützen soll (der in Kolumbien vielerorts von offen gewalttätigen und kriminellen Strukturen bestimmt wird). Sie beschränken die Größe von Großgrundbesitz, wodurch die Ausdehnung der Latifundien gestoppt und eine territoriale Neuordnung und eine Nutzung des Bodens durch bäuerliche Gemeinschaften ermöglicht werden sollen.

Die Guerillaorganisationen haben zwei verschiedene Strategien vorgeschlagen, um die Kräftekonstellation nach dem Ende der bewaffneten Konfrontation zu modifizieren. Die FARC haben mit der Regierung vereinbart, den Friedensprozess in eine Phase zur «Beendigung des bewaffneten Konflikts» (in der die Unterzeichnung von Vereinbarungen und die Niederlegung der Waffen vorgesehen sind) und eine zweite Phase zum «Aufbau eines dauerhaften Friedens» zu unterteilen (in der die Vereinbarungen und rechtlichen Reformen dann umgesetzt werden sollen). In dieser zweiten Phase, in der man Lösungen für die objektiven Ursachen des bewaffneten Konflikts suchen will, gäbe es die Möglichkeit, die Bedingungen für die anstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu verbessern. Da die Gefahr besteht, dass der Staat die Umsetzung des Abkommens verweigern wird, bestehen die FARC auf Garantien und fordern unter anderem die sofortige Verankerung bestimmter Vereinbarungen in der Verfassung und auf mittlere Sicht die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.<sup>9</sup>

Die ELN ist der Ansicht, dass die Niederlegung der Waffen in einem Staat, der Verträge systematisch bricht, keinen Sinn ergibt, und besteht darauf, dass die Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien und die von den gesellschaftlichen Gruppen zu führenden Gespräche zur Schaffung eines dauerhaften Friedens gleichzeitig stattfinden müssen. Die Organisation ist weiterhin der Ansicht, dass eine starke gesellschaftliche Beteiligung am Verhandlungsprozess die beste Garantie für weiterreichende Transformationen darstellt.

Auch die gewerkschaftlichen, sozial- und umweltpolitischen Plattformen (Central Unitaria de Trabajadores, Congreso de los Pueblos, Marcha Patriótica, ONIC, Proceso de Comunidades Negras, Movimiento Ríos Vivos etc.) sind sich darin einig, dass eine umfassende Beteiligung der Gesellschaft am Friedensprozess und die Stärkung lokaler Macht notwendig sind, um eine für das populäre Lager vorteilhaftere Situation zu schaffen. Die Marcha Patriótica setzt auf «konstituierende Versammlungen für den Frieden», die als organisatorischer Ansatz und Prozess gedacht sind, mit dem das Friedensabkommen umgesetzt und eine nationale verfassungsgebende Versammlung vorbereitet werden kann. Die Indigenen-Organisation ONIC, der Congreso de los Pueblos, die afrokolumbianische Menschenrechtsorganisation Proceso de Comunidades Negras, der Gewerkschaftsdachverband CUT und andere teilen die Ansicht, dass die Partizipation gesellschaftlicher Organisationen Voraussetzung für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse ist und daher in allen Etappen des Friedensprozesses – bei den Verhandlungen, bei der Umsetzung und Überwachung des Abkommens – gegeben sein muss. Sie propagieren daher die Einrichtung eines «Runden gesellschaftlichen Tisches für den Frieden» (Mesa Social para la Paz), der auch Entscheidungsbefugnisse haben soll. Dieser Runde Tisch wäre ein offenes und klassenübergreifendes Forum, in dem Vereinbarungen für die für Frieden und Demokratie notwendige gesellschaftliche Transformation getroffen und die Grundlagen für ein Abkommen zwischen der Regierung und der ELN gelegt werden könnten. Das Ziel ist die Aushandlung eines gesellschaftlichen Kompromisses oder politischen Minimalpakts unter Beteiligung der zentralen sozialen und politischen Akteure. Dieser Vorschlag wird jedoch von vielen Gruppen als problematisch erachtet, da der Friedensprozess mit den FARC bereits weit fortgeschritten ist. Man befürchtet, neue Verhandlungen könnten bereits getroffene Vereinbarungen wieder infrage stellen.

Trotz dieser Einschränkung eröffnet die zwischen Regierung und ELN vereinbarte Verhandlungsmethode bisher nicht dagewesene Partizipationsräume. Die Gesellschaft selbst soll einen Friedenskonsens erarbeiten und Vereinbarungen treffen, die dann von Regierung und Guerilla übernommen werden. Aus der gesellschaftlichen Debatte soll also das entstehen, was man als «friedensnotwendige Transformationen» bezeichnet hat. Die InitiatorInnen der Mesa Social para la Paz zielen<sup>10</sup> insbesondere auf zwei Veränderungen ab: Die erste hat mit der Verwaltungsstruktur Kolumbiens und der Modifikation von Wahlbezirken zu tun,<sup>11</sup> mit der der Einfluss des regionalen Klientelismus zumindest zurückgedrängt werden könnte. Bei der zweiten geht es um die Erweiterung von Entscheidungskompetenzen für lokale Gebietskörperschaften und Gemeinschaften in Umweltfragen. Diese weitreichenden Befugnisse würden vor allem für große Bauvorhaben und solche Projekte und Unternehmungen gelten, die auf eine massive Ausbeutung natürlicher Ressourcen basieren, was der Expansion des Extraktivismus Grenzen setzen würde.

---

9 Eine verfassungsrechtliche Verankerung ist insofern bereits in den Vereinbarungen von Havanna enthalten, als die Inhalte des Abkommens über ein spezielles Prozedere teilweise Verfassungsrang erhalten sollen. Die FARC haben die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung nicht aufgegeben, betrachten diese aber nur noch als mögliche Perspektive.

10 Vgl. De Currea-Lugo, Victor (Hrsg.): *Y sin embargo se mueve*, Bogota 2015.

11 Die Verwaltungseinheiten Kolumbiens (Gemeinden und Departments) stimmen nicht mit den soziokulturellen und ökonomischen Räumen der Gemeinschaften überein. Häufig wurden die Grenzen so gezogen, dass sie den Interessen von Großgrundbesitz und Unternehmen (v.a. aus der Bergbau- und Energiebranche) dienen. Die Forderung der populären Organisationen ist, diese Einheiten an die soziale Wirklichkeit anzupassen, was eine Neuordnung von Departments und Gemeinden, die Anerkennung indigener und afrokolumbianischer Territorien sowie die Einrichtung von bäuerlichen Schutzzonen bedeutet. Es geht darum, autonome Einheiten zu schaffen, die den klientelistischen, häufig mit dem Paramilitarismus und dem Drogenhandel verbündeten Mafias die politische Hegemonie streitig machen können. Die InitiatorInnen dieses Vorhabens hoffen, dass durch eine territoriale Neuordnung des Landes die Wahlbezirke neu festgelegt werden und sich dadurch neue Möglichkeiten für alternative Bewegungen ergeben.

Die Debatte um eine Stärkung gesellschaftlicher und lokaler Macht ist deshalb von so zentraler Bedeutung, weil sie die Bedingung dafür ist, dass die Beendigung des «revolutionären Krieges» nicht in einer Niederlage des populären Lagers mündet. Hier gilt, was ich weiter oben zur Bekämpfung des Staatsterrorismus und den Forderungen nach einer Verkleinerung und Demokratisierung der Streitkräfte, einer Neuausrichtung der Militärdoktrin und Entwicklung von Instrumenten zur Korruptionsbekämpfung ausgeführt habe. Diese Debatte ist auch deshalb so wichtig, weil die Regierung darauf besteht, dass die Strukturen der Streitkräfte bei den Verhandlungen mit der Guerilla kein Thema sein dürfen. Die Position der Volksbewegungen hierzu lautet, dass es Gründe dafür geben mag, warum die Regierung diese Forderung in den Gesprächen mit der Guerilla ausgeklammert hat, es jedoch keine akzeptablen Gründe dafür gibt, warum sie diese Fragen nicht mit der Gesellschaft als Ganzes diskutieren will.

3. Wenn sich mit den Verhandlungsergebnissen die Situation für das populäre Lager eher unvorteilhaft entwickeln könnte, warum sollte man dann überhaupt auf einem Ende des «revolutionären Krieges» bestehen? Regierung und Guerilla liefern unterschiedliche Erklärungen, warum es zu den Verhandlungen gekommen ist. Die Regierung bekräftigt, die Armee habe die Guerilla ins politische Aus und an die Grenzen einer militärischen Niederlage geführt und damit zu Verhandlungen gezwungen. Die Guerillaorganisationen hingegen sind der Ansicht, dass die Regierung unfähig war, sie militärisch zu besiegen und als politische Akteure zu eliminieren, was wiederum als Sieg der Linken gegenüber dem Staat interpretiert wird. Aus meiner Sicht ist das gegenwärtige Kräfteverhältnis so, dass eine Fortführung des «revolutionären Krieges» kurz- und mittelfristig kein vorteilhaftes Szenario eröffnen würde. Zudem kann man aus politischen und ethischen Gründen einer Gesellschaft, die seit einem halben Jahrhundert massiv unter dem Krieg leidet, dessen Fortsetzung nicht zumuten. Der «revolutionäre Krieg» kann heute – was auch die Guerillaorganisationen zugeben – weder militärisch gewonnen werden, noch wird er zu einem allgemeinen politischen Aufstand führen.

Der oligarchische Block hat die offensichtliche Kriegsmüdigkeit der Gesellschaft erfolgreich ausgenutzt, um von den eigenen Verbrechen abzulenken und die revolutionäre Linke für die Gewalt verantwortlich zu machen. Nicht nur die herrschenden Schichten, sondern auch ein großer Teil der subalternen Klassen glauben heute, die Guerilla sei allein schuld an dem Kriegszustand. Vor diesem Hintergrund würde eine Fortführung des Krieges eine wachsende Distanz zwischen den Volksbewegungen und der Linken, nicht nur der bewaffneten, bedeuten. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass die negativen Aspekte des bewaffneten Kampfs die positiven überwiegen.

Das bedeutet nicht, dass der «revolutionäre Krieg» immer schon kontraproduktiv gewesen wäre, wie einige zu beweisen versuchen. Sowohl die FARC, in den 1960er Jahren zur Verteidigung selbstverwalteter «Bauernrepubliken» entstanden, als auch die Strategie der ELN, die auf einen Volksaufstand hinarbeitete, trugen viele Jahre zur Stärkung gesellschaftlicher Organisationen bei und leisteten wichtigen Widerstand gegen den Staatsterrorismus. Doch die Debatte der Linken darf nicht um die Frage kreisen, ob diese Strategie in einer bestimmten Phase der Volkskämpfe gerechtfertigt war, sondern ob sie heute politisch noch sinnvoll ist.

Die kolumbianischen Guerillas haben recht, wenn sie nicht länger an einer Strategie festhalten, die sich für die populären Kämpfe als ineffizient erwiesen hat. Ein ganz anderes, noch ungelöstes Problem ist, dass das Establishment mit seinen tief verwurzelten rechtsextremen Überzeugungen nicht zu erkennen vermag, wie sehr der Staatsterrorismus sich in eine untragbare Last verwandelt hat, und dementsprechend über die meisten zur Beendigung des Konflikts notwendigen politischen und institutionellen Veränderungen gar nicht verhandeln will. Wenn der staatliche Terror gegen die politische und soziale Opposition weitergeht, werden Teile der populären Bewegungen den bewaffneten Kampf auch in Zukunft als vernünftiges oder sogar unvermeidbares politisches Mittel zur Selbstverteidigung betrachten.

4. Unabhängig davon, ob die Verhandlungen tatsächlich zu einem Ende des Konflikts führen werden oder nicht, ist offensichtlich, dass der «revolutionäre Krieg» als Mechanismus zur Organisierung von Widerstand und zur Durchsetzung von Zielen keine Zukunft hat und die Linke dementsprechend über andere Strategien antikapitalistischer Transformation nachdenken muss. Die Mitte-links-Parteien (ein in Kolumbien eher diffuser Begriff, da sich das linke bzw. linksliberale Spektrum in sehr vielen unterschiedlichen politischen Parteien organisiert) plädieren für eine stärkere Beteiligung der sozialen Bewegungen an den Institutionen. Sie sind der Ansicht, dass die Abkommen zwischen Regierung und Guerilla nie dagewesene Spielräume eröffnen werden, die es der Linken ermöglichen werden, an die Regierung zu kommen und von da aus die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. An anderer Stelle<sup>12</sup> habe ich darauf hingewiesen, dass es offenkundig

---

12 Vgl. Houghton, Juan: Construir poder popular: el Congreso de los Pueblos, in: Fundación Rosa Luxemburg (Hrsg.): ¿Cómo transformar? Instituciones y cambio social en América Latina y Europa, Quito 2015, S. 93 ff. und ders.: Dos claves indígenas para la terminación de la guerra, in: De Currea-Lugo, Víctor (Hrsg.): Y sin embargo se mueve, Bogotá 2015 S. 253 ff.

Grenzen institutioneller Beteiligung gibt, und zwar sowohl in ihrer sozialdemokratischen Variante («Demokratisierung der Demokratie») als auch in ihrer leninistischen (ein vom Staat ausgehender institutioneller oder ökonomischer Bruch mit dem Status quo). Die Probleme progressiver oder revolutionärer Regierungspolitik in kapitalistischen Staaten haben sich in Ländern wie Venezuela, Bolivien, Brasilien oder Ecuador auf sehr drastische Weise gezeigt.

5. Trotz der oben gemachten Einwände ist es nachvollziehbar, dass mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen eine gewisse Reformeuphorie und eine optimistische Sichtweise auf die Demokratisierbarkeit von staatlichen Institutionen einhergeht. Die Guerillaorganisationen stehen vor der Herausforderung, ihren SympathisantInnen und nahestehenden Gruppen – im Prinzip der gesamten popularen Bewegung – eine ausgewogene Bilanz der Verhandlungsergebnisse zu präsentieren. Auch wenn sie die erzielten Erfolge hervorheben müssen, darf das nicht den Blick darauf verstellen, dass die Machtbalance auch nach dem Ende des Konflikts für die Linke eher negativ ausfallen wird. Wenn die Guerillaorganisationen versäumen, dies deutlich zu machen, könnten sie ungewollt zu einer Legitimierung und Idealisierung des in jeder Hinsicht beschränkten demokratischen Systems in Kolumbien beitragen.

An sich ist eine demokratische Öffnung für populare Kämpfe immer besser als eine Politik des Staatsterrorismus, wie wir sie heute in Kolumbien erleben. Aber die Demokratisierung stellt die Linke auch vor die Herausforderung, ihre Diskurse und Methoden grundlegend zu überdenken und zu erneuern. Während Staat und Markt über vielfältige Mechanismen der ökonomischen und politischen Einbindung und Kooptation sowie der symbolischen Inbesitznahme verfügen, braucht die Linke neue Ansätze, um antikapitalistische Positionen hegemonial zu machen. Die Entwicklung dieses antikapitalistischen Projekts benötigt organisatorische Instrumente, über die die kolumbianische Linke heute noch nicht verfügt. Die wichtigste linke Partei, Polo Democrático Alternativo (PDA), die sozialistische, sozialdemokratische und linksliberale Gruppen vereint, befindet sich seit mehr als fünf Jahren in einer tiefen Krise und konnte bei den letzten Wahlen keine Zugewinne verzeichnen.<sup>13</sup> Die anderen beiden linken Wahlbündnisse – die sozialistische Unión Patriótica und die sozialdemokratischen Progresistas – waren bei den Wahlen bedeutungslos. Aber das größte Problem dieser Organisationen besteht darin, dass sie über kein Projekt verfügen, das über eine Beteiligung am parlamentarischen System hinausweist. Deshalb haben sozialpolitische Plattformen wie die Marcha Patriótica und der Congreso de los Pueblos diese Lücke gefüllt und die Führung sozialer Kämpfe, die politische Artikulation des popularen Lagers und die Entwicklung antikapitalistischer Strategien (sowohl für konkrete Auseinandersetzungen als auch als längerfristige Perspektive) übernommen. Die Herausforderung für die auf institutionellem Feld agierenden Parteien mit populärer und demokratischer Basis wird darin bestehen, von dort aus legale Möglichkeiten zu schaffen, damit sich Projekte nichtkapitalistischer territorialer Autonomie entfalten können.

6. Was für eine Perspektive hat die revolutionäre Linke in Kolumbien, wenn die Strategie des bewaffneten Kampfs am Ende und der liberale Staat seiner politischen Spielräume beraubt ist? Obwohl es unterschiedliche Einschätzungen der sozialen und politischen Organisationen zu dieser Frage gibt, zeigt der Proceso Constituyente Popular (der populare Verfassungsprozess) – wie er von den Organisationen der Cumbre Agraria (einem Zusammenschluss von bäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Gruppierungen) propagiert wird – zumindest eine Richtung auf. Grundlage des Vorschlags ist die Selbstorganisation der popularen Klassen sowie der Aufbau von Parallelinstitutionen von unten und eines konstituierenden Subjekts. Auf diese Weise wollen die Organisationen dafür sorgen, dass die revolutionären und popularen Bewegungen nach dem Ende des bewaffneten Konflikts nicht kooptiert werden. Der Aufbau von Volksmacht und die Ausübung konstituierender Macht eröffnen eine politische und organisatorische Perspektive, sind aber auch Instrumente im Widerstand gegen den auf Extraktivismus und die Finanzialisierung der Natur setzenden Kapitalismus (die materielle Form, die der Neoliberalismus in Lateinamerika angenommen hat). Volksmacht muss in Kolumbien nicht neu erfunden werden: Indigene und AfrokolumbianerInnen haben in verschiedenen Regionen, die mehr als 30 Prozent des kolumbianischen Territoriums umfassen, autonome Regierungen aufgebaut. Selbstorganisierte Gemeinschaften wie etwa die bäuerlichen Juntas de Acción Comunal haben sich Kompetenzen bürgerlicher Institutionen angeeignet und funktionieren in vielen Regionen als faktische Regierung – in nicht weniger als 40 Prozent des Landes. Bauernorganisationen propagieren die Ausübung einer eigenen

---

<sup>13</sup> Die Krise des PDA hat mehrere Phasen durchlaufen. Sie begann, als Mitte-links-Parteien das Wahlbündnis aus Streit darüber verließen, wie die Partei mit den Korruptionsfällen der (vom PDA gestellten) Lokalregierung in Bogota umgehen sollte. Einige Zeit später wurde die Kommunistische Partei mit der Begründung ausgeschlossen, sie bereite die Gründung einer neuen Koalition vor, was auch zur Marginalisierung anderer sozialistischer Strömungen führte. Später verschärfte sich die Krise durch die Entscheidung eines Teils des PDA, die Kandidatur von Juan Manuel Santos gegen den Ultrarechten Óscar Iván Zuluaga zu unterstützen, um so eine Rückkehr eines Vertreters des Uribismus ins Präsidentenamt zu verhindern. Die Situation eskalierte noch weiter, als die Parteivorsitzende des PDA als Arbeitsministerin in die Regierung Santos eintrat.

Territorialmacht<sup>14</sup> (in Planungs- und Umweltfragen). In vielen Städten und ländlichen Gemeinden steigt die Zahl der Tauschringe und kollektiven Betriebe.

Für die revolutionäre Bewegung sind diese gesellschaftlichen Erfahrungen eine echte und fortwährende Schulung in Sachen Selbstverwaltung und Selbstregierung. Jetzt geht es darum, diesen Erfahrungen eine antikapitalistische Perspektive zu verleihen. Wenn das gelingt, wird die revolutionäre Linke über einen Mechanismus verfügen, um soziale und ökonomische Strukturen aufzubauen, die in die ganze Gesellschaft wirken, um damit den Vormarsch des Konzernkapitalismus zu stoppen. Auf dieser Grundlage könnten die populären Klassen längerfristig eigene Machtformen entwickeln, mit denen sie in die Offensive gehen und den Kapitalismus sozialistisch überwinden könnten. Meiner Ansicht nach gibt es zur Ausbreitung lokaler Selbstregierungsformen keine Alternative. Wir müssen von einem langen Organisationsprozess ausgehen, der immer wieder in Konfrontationen mit Kapital und Staat und möglicherweise auch in materiellen Formen von Doppelmacht münden wird. Dabei wird es unvermeidlich zu territorialen Erhebungen gegen die staatliche Repression kommen. Aber diese Aufstände werden nicht mehr auf die Machteroberung, sondern auf die Verteidigung der eigenen Autonomie und von kollektiven Selbstverwaltungsstrukturen abzielen. Die Oligarchie wird sich entscheiden müssen, ob sie die legale Entfaltung solcher radikaldemokratischen Ansätze und Erfahrungen zulässt oder einen neuen Zyklus politischer Gewalt in Gang setzt.

Aus dem Spanischen von Raul Zelik  
Juli 2016

---

14 Der Begriff Territorium nimmt hier Bezug auf eine Debatte, die in den 1970er Jahren sowohl in Südeuropa als auch in Lateinamerika geführt wurde. Ihre zentrale These lautete, dass sich die Klassenkämpfe von den Produktionsstätten an die Lebensorte (die Barrios und proletarischen Viertel) verlagerten. Heute sind «sozioterritoriale Kämpfe» ein Schlüsselbegriff in der lateinamerikanischen Linken. Gemeint sind damit sowohl urbane Stadtteilbewegungen als auch die Kämpfe von Bäuerinnen und Bauern, Indigenen und Afros gegen ihre Vertreibung aufgrund von Bergbau- und Energieprojekten (Anm. d. Übers.).